

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **13.06.2012**, 17:17 Uhr - 19:18 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Christian Moll, Klaus-Peter Richter, Barbara Stober, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Dr. Michael Jung, Thomas Kollmann, Doris Lammert, Falko Rickes,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dirk Guddorf, Otto Reiners, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener, Martin Schofer,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Christine Adams, Ralf Bierstedt, Felix Graf von Plettenberg, Peter Huck, Dr. Axel Iseke, Heinz Lembeck, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Dr. Giovanni Serra, Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Barbara Hamisch,

Es fehlten:

Birgit Edler (abgemeldet), Dr. Brigitte Hasenjürgen (abgemeldet), Elke Haves-Cloppenburg (abgemeldet), Dr. jur. Thorsten Kornblum (abgemeldet), Dr. Gabriele Peus-Bispinck (abgemeldet), Gregor Ridder (abgemeldet), Dieter von den Berg (abgemeldet),

Tagesordnung

- | | | |
|-------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 5. | Jobcenter Münster |
| <u>V/0442/2012</u>
V | 5.1. | Berichtswesen |
| <u>V/0443/2012</u>
V | 5.2. | Strategische Leitsätze zur Umsetzung des SGB II in Münster |
| <u>V/0454/2012</u>
V | 5.3. | Einrichtung einer Ombudsstelle für Kundinnen und Kunden des Jobcenter Münster |
| <u>V/0405/2012</u>
V | 6. | Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut |
| <u>V/0395/2012</u>
V | 7. | Münster-Pass: Angebotsprofil, Perspektiven, Finanzierung |
| <u>V/0121/2012</u>
V | 8. | Bericht über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2010 und 2011 |
| <u>V/0404/2012</u>
V | 9. | Geschäftsbericht des Gesundheitsamtes 2011 |
| <u>V/0399/2012</u>
V | 10. | Geschäftsbericht 2011 des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes |
| <u>V/0392/2012</u>
V | 11. | Pflegebericht 2012 |
| <u>V/0295/2012</u>
V | 12. | Erfahrungsbericht: Pflegestützpunkte in Münster |

<u>V/0218/2012</u> V	13.	Aktivitäten der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf im Sozialamt der Stadt Münster - Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2011 -
<u>V/0287/2012</u> V	14.	Maßnahmenprogramm Wohngebiet Kinderhaus-Brüningheide: Jahresbericht 2011
<u>V/0264/2012</u> V	15.	Geschäftsbericht 2011 des Sozialamtes
	16.	Verschiedenes

Herr Aldejohann eröffnete um 17:17 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Herr Aldejohann übermittelte den Wunsch der SPD-Fraktion, die Vorlage V/0405/2012 „Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut“ wegen der zeitlichen Enge in die Beratungskette nach der Sommerpause zu geben. Gegen den Vorschlag wurden keine Einwände erhoben. Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt und die Tagesordnung daraufhin wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung

	1.	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
	2.	Festsetzung der Tagesordnung
	3.	Eingänge und Mitteilungen
	3.1.	Eingänge
	3.2.	Mitteilungen
	4.	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
	5.	Jobcenter Münster
<u>V/0442/2012</u> V	5.1.	Berichtswesen

<u>V/0443/2012</u> V	5.2.	Strategische Leitsätze zur Umsetzung des SGB II in Münster
<u>V/0454/2012</u> V	5.3.	Einrichtung einer Ombudsstelle für Kundinnen und Kunden des Jobcenter Münster
<u>V/0395/2012</u> V	6.	Münster-Pass: Angebotsprofil, Perspektiven, Finanzierung
<u>V/0121/2012</u> V	7.	Bericht über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2010 und 2011
<u>V/0404/2012</u> V	8.	Geschäftsbericht des Gesundheitsamtes 2011
<u>V/0399/2012</u> V	9.	Geschäftsbericht 2011 des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes
<u>V/0392/2012</u> V	10.	Pflegebericht 2012
<u>V/0295/2012</u> V	11.	Erfahrungsbericht: Pflegestützpunkte in Münster
<u>V/0218/2012</u> V	12.	Aktivitäten der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf im Sozialamt der Stadt Münster - Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2011 -
<u>V/0287/2012</u> V	13.	Maßnahmeprogramm Wohngebiet Kinderhaus-Brüningheide: Jahresbericht 2011
<u>V/0264/2012</u> V	14.	Geschäftsbericht 2011 des Sozialamtes
	15.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Eingänge

Herr Stadtrat Paal informierte über folgende vom Hauptausschuss am 09.05.2012 einstimmig beschlossenen Vorlagen:

- V/0203/2012 - Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0006/2012 "Süchte älterer Menschen erkennen und handeln"

Der Hauptausschuss habe die Vorlage zur weiteren Beratung an die Kommunale Seniorenvertretung sowie an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung verwiesen. Das Gesundheitsamt werde in Abstimmung mit der Gesundheitskonferenz einen Gesundheitsbericht zum Thema „Süchte älterer Menschen“ erstellen und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung im I. Quartal 2013 vorlegen.

- Vorlage V/0267/2012 - Antrag der Fraktion DIE LINKE. Nr. A-R/0018/2012 an den Rat der Stadt Münster vom 12.03.2012 "Zweckentfremdungsverordnung"

Die Verwaltung werde die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für eine „Zweckentfremdungssatzung“ prüfen und das Ergebnis mit einem Entscheidungsvorschlag im 2. Halbjahr 2012 dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vorstellen.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Mitteilungen

Herr Stadtrat Paal

- 3.2.1** wies auf die Abschlussdokumentation des Programms „STÄRKEN vor Ort“ hin, die den Mitgliedern vorlag. Das Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das in Münster in den Jahren 2009 bis 2011 umgesetzt wurde, habe die soziale, schulische und berufliche Integration von benachteiligten jungen Menschen und Frauen mit Problemen beim Einstieg oder Wiedereinstieg in das Erwerbsleben unterstützt.

Im Rahmen eines lokalen Aktionsplanes hätten zahlreiche Initiativen, Organisationen, Vereine und Einzelpersonen Förderungen bis zu 10 000 Euro für die Realisierung von Mikroprojekten, wie etwa die Arbeit mit Jugendlichen um Schulabbrüche zu vermeiden oder die Unterstützung von Frauen mit Migrationsvorgeschichte beim Erwerb von Sprach- und Alltagskompetenzen, erhalten. Insgesamt seien 38 Mikroprojekte gefördert und 838 Personen erreicht worden.

Die jetzt vorliegende Dokumentation belege auf eindrucksvolle Weise, wie mit vergleichsweise wenig Geld viel erreicht werden könne.

Das Programm werde nicht erneut aufgelegt. Sollte ein Nachfolgeprogramm initiiert werden, werde sich die Verwaltung um entsprechende Fördermittel bewerben.

- 3.2.2** erinnerte an die den Mitgliedern zugesandten Einladungen

- zum Preview des Films Berg Fidel am Freitag, 29. Juni 2012, 14 Uhr, im Bürgerhaus Bennohaus und
- zur Besichtigung des Gerontopsychiatrischen Zentrums verbunden mit einer Vorstellung der Arbeit der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle am Mittwoch, 5. September 2012, 16 – 17 Uhr.

Der Film Berg Fidel sei ausgesprochen sehenswert und verdiene eine große Zahl von Zuschauerinnen und Zuschauern. Über eine rege Teilnahme von Ausschussmitgliedern an beiden Veranstaltungen würde er sich sehr freuen.

Damit die Gastgeber sich auf die Anzahl der Besucherinnen und Besucher einstellen könnten, werde um eine Anmeldung bei Frau Hamisch vom Sozialamt, gern telefonisch oder per mail unter Tel. 02 51 – 4 92/50 29 oder e-mail: hamischb@stadt-muenster.de möglichst bis eine Woche vor Veranstaltungsbeginn gebeten. Die ausgelegten Anmelde-listen würden aber auch eine Anmeldung während der Sitzung ermöglichen.

- 3.2.3** informierte hinsichtlich des Antrages der FDP-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0031/2011 „Organspende rettet Leben – Münster unterstützt Organspende“ vom 04.04.2011 darüber, dass die angekündigte Verwaltungsvorlage in Anbetracht der vom Bundestag am 25.05.2012 beschlossenen Gesetze zur Neuregelung der Organspende zurückgestellt worden sei. Die gesetzliche Regelung sähe eine Entscheidungslösung vor.

Jede Bürgerin und jeder Bürger ab 16 Jahren werde regelmäßig angeschrieben, mit Informationsmaterial sowie einem Organspendeausweis versorgt und nach ihrer/seiner Organspendenbereitschaft befragt. Die Kommunen stellten sicher, dass auch bei der Ausstellung eines neuen Personalausweises entsprechendes Informationsmaterial ausgegeben würde.

Die gesetzlichen Vorgaben entsprächen damit dem Anliegen des Antrages der FDP-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0031/2011. Eine Vorlage sei daher aus seiner Sicht entbehrlich; vielmehr schlage er vor, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung mündlich über den Start der Aktion zu unterrichten.

Gegen den Vorschlag wurden keine Einwände erhoben.

Herr Dr. Schulze Kalthoff ergänzte, dass außer dem bundeseinheitlichen Informationsmaterial auch Unterlagen der Initiative Münsteraner Musiker no panic für organic verteilt würden.

Herr Dr. Schulze Kalthoff

- 3.2.4** berichtete, dass die jetzige Leiterin der Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit im Gesundheitsamt, Frau Dr. Rebekka Busch, die Stadt Münster zum 30.06.2012 auf eigenen Wunsch verlassen werde, um eine neue berufliche Herausforderung zu übernehmen. Er beantwortete Fragen der Mitglieder zur Fluktuation bei medizinischem Personal.

Herr Willamowski

- 3.2.5** machte auf die Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket aufmerksam, die die Mitglieder im Vorfeld der Sitzung erhalten hatten.
- 3.2.6** gab bekannt, dass die Bezirksregierung Arnsberg die Stadt Münster über eine erneut hohe Zahl aufzunehmender Flüchtlinge informiert habe. Diese würden in den nächsten Wochen in Münster erwartet.

Eine Entspannung der Aufnahmesituation für die Stadt sei in den nächsten Monaten nicht zu erwarten; vielmehr werde das Aufnahmesoll das Sozialamt bei der bereits jetzt dichten Belegung der Übergangseinrichtungen vor erhebliche Probleme stellen. Die Einrichtung im ehemaligen HUK-Gebäude sei bereits zu einem großen Teil belegt.

Das Sozialamt arbeite intensiv daran, die Kapazitäten in den vorhandenen Einrichtungen für die Neuaufnahmen zu optimieren. So würden interne Umzüge organisiert, um die Auslastung der verfügbaren Wohnungen zu verbessern. In vereinzelten Fällen seien auch Auszüge gelungen bzw. es zeichneten sich Lösungen dafür ab. Gleichwohl sei es bei dem angespannten Wohnungsmarkt schwierig, diesen Personenkreis mit Wohnraum zu versorgen.

Einzelne externe Wohnungen hätten in den Bereichen Grevenener Straße und Nieberdingstraße für einen begrenzten Zeitraum insbesondere für allein stehende männliche Flüchtlinge gewonnen werden können, für die das Übergangwohnheim York Ring entfalle. Wenngleich sich die Situation dadurch zunächst etwas entspannt habe, könne nicht ausgeschlossen werden, dass in absehbarer Zeit für neu zugewiesene Flüchtlinge keine freien Plätze mehr in Übergangseinrichtungen zur Verfügung stünden.

Über die weitere Entwicklung werde der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung in der Sitzung am 05.09.2012 informiert.

Herr Willamowski beantwortete Nachfragen der Mitglieder zur Unterbringungssituation.

- 3.2.7** Herr Stadtrat Paal teilte mit, dass wegen der Wahl von Herrn Willamowski zum Leiter des Personal- und Organisationsamtes geplant sei, die Leitungsstelle des Sozialamtes gegen Ende Juni 2012 intern und extern auszuschreiben. Um die Zeit der Vakanz in einem vertretbaren Rahmen zu halten, sei geplant, dass Besetzungsverfahren in der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause abzuschließen. Herr Stadtrat Paal bedankte sich bei Herrn Willamowski für die hervorragende Arbeit und wünschte ihm alles Gute und viel Erfolg für seine neue Aufgabe.

Herr Aldejohann sprach Herrn Willamowski im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er unterstrich die hohe Sachkompetenz und das herausragende Engagement, mit dem Herr Willamowski seine Aufgabe wahrgenommen und die politischen Gremien betreut habe. Es sei immer deutlich gewesen, dass Herr Willamowski die Arbeit im Sozialbereich als Herzensangelegenheit empfunden habe. Herr Aldejohann wünschte Herrn Willamowski persönlich und beruflich für die Zukunft alles Gute.

Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Mitglieder aller Fraktionen sowie sachkundige Mitglieder bedankten sich bei Herrn Willamowski und verabschiedeten sich persönlich von ihm.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung	Jobcenter Münster
---------------------------------	--------------------------

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0442/2012	Berichtswesen
---	----------------------

Herr Bierstedt berichtete auf der Grundlage der Vorlage zum Berichtswesen des Jobcenters über die vorgesehenen Basisinformationen für jede Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung sowie über das umfassende Informationspapier, das dem Ausschuss halbjährlich als strategische Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt werden solle.

Herr Huck stellte anhand des vorliegenden Musterberichts die avisierten Bestandteile der monatlichen Basisinformation vor.

Herr Reiners bat die Möglichkeit zu prüfen, bei einzelnen Daten die Mittelwerte des Vorjahres anzugeben. Herr Bierstedt sagte dies zu.

Herr Bierstedt und Herr Huck beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
V/0443/2012**

**Strategische Leitsätze zur Umsetzung des SGB II in
Münster**

Herr Bierstedt stellte die Vorlage vor. Er und Herr Stadtrat Paal beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Auf Anregung von Frau Ganser sagte Herr Stadtrat Paal zu, die Vorlage auch den Mitgliedern anderer Ausschüsse mit thematischer Nähe zukommen zu lassen.

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0454/2012**

**Einrichtung einer Ombudsstelle für Kundinnen und
Kunden des Jobcenter Münster**

Herr Reiners beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird in „I. Sachentscheidung“ wie folgt ergänzt:

(...). Auf der Grundlage der anonymisierten und nach Gegenständen zusammengefassten Eingaben tauscht sich die Ombudsstelle vor den Gesprächen zwischen ihr und dem Jobcenter mit den am bis Mitte vergangenen Jahres durchgeführten Ideen- und Beschwerdeverfahren beteiligten Beratungsstellen in freier Trägerschaft aus.“

Herr Stadtrat Paal erläuterte die Vorlage und beantwortete Fragen der Mitglieder. Den in dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vorgeschlagenen Austausch mit den am Ideen- und Beschwerdeverfahren beteiligten Beratungsstellen in freier Trägerschaft halte er für vernünftig, das vorgeschlagene Clustern der Beschwerden betrachte er als Arbeits-erleichterung.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig an.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Eine Ombudsstelle für Kundinnen und Kunden des Jobcenter Münster wird entsprechend der nachfolgenden Konzeption zum 01.10.2012 eingerichtet. Auf der Grundlage der anonymisierten und nach Gegenständen zusammengefassten Eingaben tauscht sich die Ombudsstelle vor den Gesprächen zwischen ihr und dem Jobcenter mit den am bis Mitte vergangenen Jahres durchgeführten Ideen- und Beschwerdeverfahren beteiligten Beratungsstellen in freier Trägerschaft aus.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0501	Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2012 ff	ca. 5.000,-- €	aus dem Verwaltungsbudget des Jobcenters

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0395/2012****Münster-Pass: Angebotsprofil, Perspektiven, Finanzierung**

Herr Wölter lobte die Vorlage als gut und aufschlussreich und begründete, warum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL perspektivisch die Prüfung der Erweiterung des berechtigten Personenkreises wünsche. Das langfristige Ziel sei, den Kreis der Wohngeldberechtigten zu berücksichtigen. Herr Wölter beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung möge beschließen:

1. (...). Für Kinder und Jugendliche sind insbesondere die Teilhabemöglichkeiten in den Bereichen musische Bildung, Sport und Freizeit weiter zu verbessern. Deshalb sollen weitere Zugangserleichterungen neben den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und der ‚Stiftung Mitmachkinder‘ ermöglicht werden.
2. wie Vorlage
3. (...). Perspektivisch werden eine Ausweitung der berechtigten Personenkreise weiter verfolgt und entsprechende Realisierungsmöglichkeiten geprüft.
4. (...). Zudem wird die Verwaltung prüfen, wie das Angebot, mit denen freie, private und kommerzielle Träger von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten bereits jetzt am Münster-Pass beteiligt sind, noch erweitert werden kann.
5. wie Vorlage

Frau Ganser sagte die Unterstützung der SPD-Fraktion für den Antrag zu. Sie regte eine Verknüpfung des Münster-Passes mit dem Thema Kindergesundheit an, beispielsweise ein verstärktes Sportangebot für Kinder aus einkommensschwächeren Familien. Wichtig sei auch, dass aus den im Budget des Sozialamtes veranschlagten Programmmitteln „Münster-Pass“ keine weiteren Ausgleichszahlungen für Vergünstigungsangebote gezahlt würden. Perspektivisch müssten die Wohngeldberechtigten Anspruch auf den Münster-Pass haben.

Frau Geschkewitz betonte, dass der Münster-Pass zwar insgesamt auf einem guten Weg sei, jedoch angesichts der notwendigen Einsparungen zusätzliche Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stünden; die Finanzierung müsse dargelegt werden. Die FDP-Fraktion werde dem Änderungsantrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Herr Bruns dankte der Verwaltung für die Vorlage, die die Erfolgsstory des Münster-Passes deutlich mache. Er begrüße das ermäßigte 60plusAbo und bedauere, dass die Wohngeldberechtigten nicht ausdrücklich als potentielle Berechtigte aufgeführt seien. Gleichwohl werde er den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL unterstützen.

Herr Dr. Jung verwies darauf, dass für das vergünstigte goCardAbo keine Ausgleichzahlungen an die Stadtwerke zu leisten seien. Ob ein potentiell erhöhtes Fahrgastaufkommen durch Münster-Pass-Abonnenten zukünftig zu Kapazitätsproblemen bei den Bussen und zur Notwendigkeit der Anschaffung zusätzlicher Fahrzeuge führen werde, bleibe abzuwarten. Die SPD begrüße ausdrücklich die Zuwendungen des Landes NRW zur Förderung des Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr.

Herr Stadtrat Paal erläuterte, dass im Rahmen der Vorlage kein zusätzliches Budget bereit gestellt werde. Wenn die Landeszuschüsse stabil blieben, könne der Münster-Pass für den jetzigen Berechtigtenkreis kontinuierlich fortentwickelt werden. Nur bei günstigen Finanzierungsbedingungen könne über eine Ausweitung des Berechtigtenkreises nachgedacht werden. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beinhalte auch nur eine perspektivische Prüfung der Erweiterung des Berechtigtenkreises; er beinhalte keine Festlegung auf diese Option.

Herr Stadtrat Paal schlug vor, eine Protokollnotiz aufzunehmen, in der ausdrücklich festgehalten werde, dass mit der Vorlage kein haushaltswirksamer Beschluss verbunden sei, sondern nur ein Prüfauftrag an die Verwaltung hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten der in dem Antrag enthaltenen Vorschläge.

Herr Wolfgarten erklärte, dass die CDU dem Änderungsantrag unter dieser Prämisse zustimmen werde.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig (bei zwei Stimmenthaltungen der FDP) an.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen (FDP) und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Das unter Ziffer 3 der Begründung dargestellte Angebotsspektrum wird kontinuierlich mit dem Ziel weiterentwickelt, Inhaberinnen und Inhabern des Münster-Passes erleichterte Zugänge zu lokalen Angeboten in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Freizeit und ÖPNV zu ermöglichen. Für Kinder und Jugendliche sind insbesondere die Teilhabemöglichkeiten in den Bereichen musische Bildung, Sport und Freizeit weiter zu verbessern. Deshalb sollen weitere Zugangserleichterungen neben den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und der „Stiftung Mitmachkinder“ ermöglicht werden.
2. Das um 50 % ermäßigte 60plusAbo wird ab 01.09.2012 zusätzlich in den Kreis der vergünstigten ÖPNV-Angebote aufgenommen.
3. Der unter Ziffer 2 der Begründung dargestellte Berechtigtenkreis bleibt bis auf weiteres unverändert. Perspektivisch werden eine Ausweitung der berechtigten Personenkreise weiter verfolgt und entsprechende Realisierungsmöglichkeiten geprüft.

4. Von ermäßigten ÖPNV-Angeboten abgesehen werden die im Budget des Sozialamts veranschlagten Programmmittel „Münster-Pass“ für Zahlungen zum Ausgleich anderer bestehender und künftiger Vergünstigungsangebote nicht eingesetzt. Zudem wird die Verwaltung prüfen, wie das Angebot, mit denen freie, private und kommerzielle Träger von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten bereits jetzt am Münster-Pass beteiligt sind, noch erweitert werden kann.
5. Von ermäßigten ÖPNV-Angeboten abgesehen werden die im Budget des Sozialamts veranschlagten Programmmittel „Münster-Pass“ für Zahlungen zum Ausgleich anderer bestehender und künftiger Vergünstigungsangebote nicht eingesetzt.
6. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage sind
 - der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0069/2011 vom 23.11.2011 „Münster für Alle: Münster-Pass bedarfsgerecht weiterentwickeln!“ sowie
 - die Anregung der cuba - Arbeitslosenberatung gem. § 24 GO NRW Nr. 145/2011 vom 12.12.2011 „Landesförderung für den Münster-Pass für den Ausbau des Münster-Passes zu verwenden und auch Bedürftigen mit niedrigem Einkommen die Förderung zugute kommen zu lassen“ erledigt.

II. Kosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Erweiterung der Vergünstigungsangebote um das ermäßigte 60plusAbo keine Mehrkosten entstehen werden.

Die Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesprogramm zur Förderung des Sozialtickets) werden zum Ausgleich der tatsächlichen Aufwendungen für den Münster-Pass (Teilergebnisplan Produktgruppe 0503) eingesetzt.

Protokollnotiz:

Mit der Vorlage ist kein haushaltswirksamer Beschluss verbunden, sondern nur ein Prüfauftrag an die Verwaltung hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten der Vorschläge.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0121/2012

Bericht über die Ergebnisse der Schuleingangsun- tersuchungen 2010 und 2011

Herr Dr. Iseke erläuterte den Bericht. Er und Herr Dr. Schulze Kalthoff beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Herr Kollmann und Herr Aldejohann dankten für den Bericht.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0404/2012

Geschäftsbericht des Gesundheitsamtes 2011

Herr Dr. Schulze Kalthoff stellte den Bericht vor.

Frau Stober dankte für den aus ihrer Sicht ausgesprochen gelungenen, gut gegliederten Bericht.

Frau Ganser regte an, künftig strategische gesundheitspolitische Ausrichtungen und Handlungsempfehlungen sowie den Bereich der seelischen Gesundheit aufzunehmen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Trägern darzustellen.

Herr Moll schlug vor, Überlegungen anzustellen, welche Inhalte im nächsten Geschäftsbericht gewünscht seien und in ein entsprechendes Raster einzutragen. Herr Aldejohann ergänzte den Vorschlag dahingehend, dass die Anregungen Herrn Dr. Schulze Kalthoff per mail zur Verfügung gestellt werden sollten.

Herr Stadtrat Paal wies darauf hin, dass Geschäftsberichte Bestandteil des Berichtswesens seien und über die Notwendigkeit in der Verwaltung zurzeit eine grundsätzliche Diskussion geführt würde.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0399/2012**

Geschäftsbericht 2011 des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0392/2012**

Pflegebericht 2012

Frau Dr. Dieckmann bedankte sich für den Bericht und regte zusätzliche Informationen zur stadtteilbezogenen Verzahnung sowie zur Vernetzung von haupt- und ehrenamtlichen Kräften an.

Herr Willamowski beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0295/2012**

Erfahrungsbericht: Pflegestützpunkte in Münster

Herr Willamowski beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0218/2012**

Aktivitäten der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf im Sozialamt der Stadt Münster - Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2011 -

Herr Rickes machte angesichts der im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegenen Zahl arbeitsloser schwerbehinderten Menschen auf die Notwendigkeit aufmerksam, nach anderen Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung für diesen Personenkreis zu suchen.

Herr Willamowski stimmte dem zu und brachte in diesem Zusammenhang den Aktionsplan „Münster auf dem Weg zur Inklusion – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ ins Gespräch, durch den die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention systematisch vorangetrieben werden solle. Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung des Aktionsplanes müsse die gemeinsame Sicht von behinderten und nicht behinderten Menschen verbessert werden. Diese Überlegungen beträfen auch Strategien zur Senkung der Arbeitslosigkeit von behinderten Menschen.

Herr Willamowski beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung V/0287/2012	Maßnahmeprogramm Wohngebiet Kinderhaus- Brüningheide: Jahresbericht 2011
--	---

Herr Willamowski beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung V/0264/2012	Geschäftsbericht 2011 des Sozialamtes
--	--

Herr Willamowski stellte den Bericht vor und beantwortete Fragen der Mitglieder. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes für die geleistete Arbeit.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung	Verschiedenes
----------------------------------	----------------------

Wortmeldungen lagen nicht vor.

Gilbert Aldejohann
Vorsitz

Barbara Hamisch
Schriftführung